

Erklärung der DFG-VK NRW zu Osteuropa und dem Ukraine-Konflikt



Der Konflikt in und um die Ukraine beunruhigt uns zutiefst. Wir sind entsetzt über die Opfer und befürchten Leid und Tod für womöglich weitere tausende Menschen, falls es nicht gelingt, diese Auseinandersetzungen zivil zu regeln. Wir rufen deswegen alle Beteiligten zu radikaler Umkehr auf.

Seit Ende des Kalten Krieges wurde Russlands gleichberechtigte Einbindung in politische und wirtschaftliche europäische Strukturen nie ernsthaft angegangen. Trotz des NATO-Russland-Aktes von 1997 hat der diesjährige NATO-Gipfel in Wales beschlossen: Die baltischen Staaten, Polen, Moldawien und Georgien sollen, zusammen mit einer verschärften militärischen Annäherung Finnlands und des bis dato vorgeblich neutralen Schwedens, Russland bollwerkartig einkreisen. Eine spezielle osteuropäische NATO-Eingreiftruppe soll aufgestellt werden. Dem steht bisher gegenüber, dass die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation unter völkerrechtlich höchst fragwürdigen Bedingungen zustande kam. Die russischen Absichten für eine eigene Wirtschaftszone sowie einer intensiveren Kooperation mit China werden von EU und USA offensichtlich als Gefährdung ihrer eigenen Interessen wahrgenommen.

Die Ukraine und mit ihr insbesondere die Menschen, die dort leben, erscheinen als Spielball der Kontrahenten EU, USA und Russland. An erster Stelle gilt es, sofort das Blutvergießen im Ukraine-Konflikt zu beenden. Daher setzen wir uns ein für

- **die Verlängerung der Waffenruhe und die Schaffung einer Pufferzone zwischen den Bürgerkriegsparteien und gegebenenfalls ein UN-Mandat zur Überprüfung und Sicherstellung**
- **umfassende humanitäre Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung durch Russland und die EU**
- **allseitige Beendigung von Truppenaufmärschen, Waffenlieferungen, Manövern**
- **Aufhebung der Sanktionen von beiden Seiten**
- **Einhaltung der Resolution des Europaparlamentes vom Dezember 2012, wonach es keine Zusammenarbeit mit und Unterstützung von faschistischen Kräften in der Ukraine geben darf**

Mittelfristig fordern wir die

- **Aufnahme von Verhandlungen über den zukünftigen Status der Ostukraine unter Einbeziehung der ukrainischen Regierung, der Vertreter der ostukrainischen Gebiete, Russlands, der EU und der USA**
- **Einrichtung eines EU-Russland-Krisenmechanismus**

Wir sind überzeugt: Frieden für Gesamteuropa kann es nur in einer partnerschaftlichen Kooperation mit Russland geben. Wir brauchen, 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, endlich eine stabile Friedensarchitektur. Dafür können OSZE und Europarat genutzt werden. Sie wurden als zivile Konfliktlösungsmechanismen geschaffen. Daher fordern wir

- **Verhandlungen im Rahmen der OSZE über eine stabile, nichtmilitärische Friedensarchitektur für alle europäischen Staaten vom Atlantik bis zum Ural.**
- **Vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrung Deutschlands in beiden Lagern des Kalten Krieges eine sofortige Initiative der Bundesregierung, die genannten Verhandlungen anzuregen und bedingungslos zu unterstützen.**

Düsseldorf, September 2014